

Architekturwettbewerb „Sanierung und Erweiterung Volksschule Höchst Kirchdorf“ Teilnahmeantrag

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung und Teilnehmerauswahl mit nachfolgendem Verhandlungsverfahren im Oberschwellenbereich für die Vergabe von Architekturplanungsleistungen gemäß dem Bundesvergabegesetz 2006 i.d.g.F.

Auslober:

Gemeinde Höchst
Hauptstraße 15
A-6973 Höchst

Gegenstand des Wettbewerbes:

Erlangung von Vorentwürfen für die Sanierung/Erweiterung der Volksschule Höchst Kirchdorf

Ende der Einreichfrist für die Teilnahmeanträge:

Freitag, 13. Mai 2016, 12:00 Uhr. Verspätet eingereichte Teilnahmeanträge werden nicht berücksichtigt.

Einlangen des Teilnahmeantrages:

Der Teilnahmeantrag muss vollständig ausgefüllt, rechtsgültig unterfertigt und zusammen mit den geforderten Beilagen spätestens bis zum Ende der Einreichfrist beim Verfahrensorganisator einlangen.

Abgabeort, Verfahrensorganisator:

gruber locher architekten zt gmbh
z.Hd. Hr. Dipl.-Ing. Gerhard Gruber
Kaiserstraße 27
A-6900 Bregenz
T: +43/5574/46963
F: +43/5574/46963-6
E: gruber@gruberlocher.com

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeine Angaben zum Wettbewerb.....	Seite 3
1.1	Gegenstand des Wettbewerbs.....	Seite 3
1.2	Beschreibung der Bauaufgabe.....	Seite 3
1.3	Energetische und ökologische Qualität des Bauvorhabens.....	Seite 6
1.4	Technische Angaben.....	Seite 6
1.5	Voraussichtliche Realisierungstermine.....	Seite 6
1.6	Verfügbarkeit des Auftragnehmers.....	Seite 6
1.7	Wettbewerbsphasen.....	Seite 7
1.8	Absichtserklärung.....	Seite 7
1.9	Rechnungsgrundlagen.....	Seite 7
1.10	Wettbewerbsprache.....	Seite 7
1.11	Geheimhaltungspflicht.....	Seite 8
1.12	Allgemeine Hinweise.....	Seite 8
1.13	Kooperationsvermerk der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten.....	Seite 8
1.14	Wettbewerbstermine.....	Seite 9
1.15	Zusammensetzung des Preisgerichtes.....	Seite 9
1.16	Vorinformation zur Einreichung des Wettbewerbsarbeiten.....	Seite 10
2	Eignungskriterien und Nachweise.....	Seite 12
2.1	Ausschlussgründe.....	Seite 12
2.2	Nachweise der Befugnis, der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit.....	Seite 13
2.3	Bewerbergemeinschaften.....	Seite 15
3	Teilnehmerauswahl – Auswahlkriterien (1.Phase).....	Seite 16
3.1	Einreichen der Teilnahmeanträge.....	Seite 16
3.2	Auswahlkriterien.....	Seite 16
4	Erklärung des Bewerbers.....	Seite 18

1 Allgemeine Angaben zum Wettbewerb

1.1 Gegenstand des Wettbewerbs

Gegenstand des Wettbewerbs ist die Erlangung von Vorentwürfen für die Sanierung/Erweiterung der Volksschule Höchst Kirchdorf.

1.2 Beschreibung der Bauaufgabe

Die Bestandsgebäude der Volksschule Höchst Kirchdorf stammen aus zwei Errichtungsphasen:

Bestandsbau alt

Zweigeschossiger Bau aus den 1960er Jahren mit Mittelgangerschließung, ausgebautem Untergeschoß und integrierter kleiner Turnhalle.

Bestandsbau neu

Der Erweiterungsbau stammt aus dem Jahr 1988 (Büro C4, Bregenz) und ist durch eine großzügige, zweigeschossige Erschließungshalle charakterisiert. Im Norden schließt an den Schulteil ein Baukörper mit der großen Turnhalle und dem Proberaum der örtlichen Blasmusik an. Dieser Gebäudeteil bleibt unverändert und ist nicht Teil der Wettbewerbsaufgabe.

Die Gebäude entsprechen nicht mehr den räumlichen und pädagogischen Anforderungen einer zukunftsorientierten Bildungseinrichtung. Zusätzlich lässt die Ausführung der zweigeschossigen Hofverglasung nur eine eingeschränkte Nutzung der großzügigen Erschließungsflächen zu. In den Wintermonaten sind die Räume zu kalt, in der warmen Jahreszeit kommt es sehr schnell zu einer Überwärmung.

Zukünftig sollen 14 Klassen, gruppiert in Clustern mit 2 bis 4 Klassen, ergänzende Lern- und Sonderunterrichtsräume, Lehrerbereiche und die Verwaltung im Gebäude untergebracht werden.

Die Ausarbeitung des Raumprogramms ergab den Bedarf einer Nettonutzfläche von ca. 2,540 m².

Studienprojekte ergaben, dass das gewünschte Raumprogramm mit dem aktuell zur Verfügung stehenden Budget nicht zu realisieren ist. Um für die pädagogischen Anliegen trotzdem eine zeitnahe Verbesserung zu erreichen wurde das Konzept einer zweistufigen Umsetzung beschlossen:

Realisierungsteil Raumprogramm Stufe 1

Das Raumprogramm der Stufe i soll im Wesentlichen im Bestandsgebäude untergebracht werden, Zubauten im kleineren Rahmen sind möglich. Um die Errichtungskosten Obergrenze von € 5.2 Mio nicht zu überschreiten müssen wesentliche Teile des Gebäudes weitgehend unverändert bleiben. Die Eingriffe sollen sich auf den Bereich der jedenfalls zu sanierenden Innenhoffassade, punktuelle Eingriffe und eine Oberflächenanierung beschränken.

Die Nettonutzfläche für die Stufe 1 beträgt ca. 2100 m².

Ideenteil Raumprogramm Stufe 1 und Stufe 2

In diesem Teil des Wettbewerbes ist beabsichtigt Vorschläge für eine **auf den Realisierungsteil aufbauende** Umsetzung des Gesamttraumprogramms zu erlangen. Für diese Stufe ist es möglich den aus den 1960er Jahren stammenden Gebäudeteil abzubrechen, die sich darin befindlichen Räume müssen im Gesamtprojekt ersetzt werden.

Dieser Teil des Wettbewerbes wird aktuell nicht beauftragt, sollte diese Stufe zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden wird mit dem Wettbewerbsgewinner über die Beauftragung verhandelt.

Die Nettonutzfläche für die Stufe 1 und Stufe 2 beträgt ca. 2540 m².



Ansicht Innenhof



Luftbild

1.3 Energetische und ökologische Qualität des Bauvorhabens

Die Gemeinde Höchst ist e5-Gemeinde und Mitglied beim Klimabündnis und bekennt sich zur ökologischen Nachhaltigkeit. Die Gemeinde verfolgt bei der Realisierung von Bauvorhaben die Minimierung des Massenstromes, der grauen Energie, des Treibhauspotenzials sowie des Schadstoff- und Chemikalieneinsatzes allgemein. Auch bei der Planung (Wettbewerb) der VS Kirchdorf sollen diese Prinzipien beachtet werden und soll auf den sparsamen bzw. bewussten Einsatz von Baumaterialien Rücksicht genommen werden.

Um das vorgegebene Kostenziel für die Stufe 1 zu erreichen ist es beabsichtigt den energetischen Standard der unberührt bleibenden Bauteile nicht zu verändern. Alle Neubauteile der Gebäudehülle sollen allerdings in Passivhausqualität errichtet werden. Die Entscheidung über die Ausführung einer Be- und Entlüftung wird zu einem späteren Zeitpunkt anhand der Kostensituation entschieden.

Die haustechnischen Anlagen wie Wärmeerzeugung und Wärmeverteilung sollen so weit als möglich erhalten werden.

Die Gemeinde Höchst plant das Bauvorhaben gemeinsam mit den Partnern des Servicepakets „Nachhaltig:Bauen in der Gemeinde“ (www.umweltverband.at) zu realisieren. Die Prozessbegleitung im Servicepaket „Nachhaltig Bauen für Gemeinden“ erstreckt sich von der Definition energetischer und ökologischer Ziele im „Ökologischen Programm“ über regelmäßige Planungsbesprechungen in den verschiedenen Planungsphasen mit Gegencheck der Ausschreibungen bis hin zur ökologischen Konformitätsprüfung und Freigabe der durch die beauftragten Handwerksbetriebe deklarierten Bau- und Hilfsstoffe. Zur Sicherstellung der Umsetzung auf der Baustelle wird eine ökologische Fachbauaufsicht eingerichtet.

Im Auftrag der Gemeinde Höchst stehen das Energieinstitut, der Umweltverband sowie die Firma Spektrum GmbH in Kooperation mit dem Österreichischen Institut für Baubiologie und -ökologie (IBO) für Beratungen und Hilfestellungen zu Fragen des nachhaltigen Bauens zur Verfügung.

1.4 Technische Angaben

Das Raumprogramm der Stufen 1 und 2 umfasst ca. 2.450 m² Nettotonutzfläche, der Kostenrahmen für die Errichtungskosten der Stufe 1 ist mit € 5.2 Mio inkl. UST fixiert.

1.5 Voraussichtliche Realisierungstermine

Beginn Planungsarbeiten:	Ende 2016
Baubeginn:	Ende 2017
Baufertigstellung:	Sommer 2019

1.6 Verfügbarkeit des Auftragnehmers

Der nach dem Wettbewerb ermittelte Auftragnehmer ist verpflichtet, soweit notwendig seine Leistungen in Höchst zu erbringen. Insbesondere hat er ab Beginn der Planungsarbeiten nachweislich sicherzustellen, dass seine Mitwirkung bei den vor Ort erforderlichen Planer-, Nutzer- und Bauabstimmungsbesprechungen usw. kurzfristig gewährleistet ist. Eine solche kurzfristige Verfügbarkeit ist gegeben, wenn die Anreizzeit seiner Fachkräfte nach Aufforderung durch Vertreter des Auftraggebers

höchstens einen halben Arbeitstag beträgt. Der Auftragnehmer kann diesem Erfordernis beispielsweise mit einem geeigneten und informierten Subunternehmer entsprechen.

1.7 Wettbewerbsphasen

1. Phase

Aus den nach EU-weiter Bekanntmachung zeitgerecht eingelangten Teilnahmeanträgen werden in der KW 20/2016 **maximal 20 Bewerber** anhand der in diesen Unterlagen definierten Auswahlkriterien vom Preisgericht als Teilnehmer ausgewählt.

2. Phase

Anschließend werden die ausgewählten Teilnehmer zur Vorlage von Wettbewerbsarbeiten eingeladen. Der Wettbewerb ist einstufig vorgesehen. Falls das Preisgericht zu keiner Entscheidung gelangt, sind die vom Preisgericht bestimmten Projekte zu überarbeiten.

1.8 Absichtserklärung

Es ist beabsichtigt, den Verfasser des mit dem ersten Preis ausgezeichneten Projektes (Gewinner) mit den Planungsleistungen der Realisierungsstufe 1 im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens gemäß § 26 Abs. 3 BVergG zu beauftragen. Verhandlungsziel ist der Abschluss eines Vertrags, welcher die für die „Sanierung und Erweiterung der Volksschule Höchst Kirchdorf“ notwendigen Planungsleistungen zum Gegenstand hat.

Das betreffende Vergabeverfahren und auch das daraus resultierende Vertragsverhältnis bilden keinen Bestandteil dieses Wettbewerbes.

a) Verhandlungsgegenstand

Gegenstände des beabsichtigten Verhandlungsverfahrens sind:

- die Festlegung des Leistungsumfanges. Geplant ist den/die Gewinner des Wettbewerbsverfahrens mit der Ausführung der Büroleistung lt. HOA (Stand 2002) zu beauftragen, weiterführende Beauftragungen (z.B. ÖBA oder Sonderplaner-Leistungen) sind möglich.
- die Höhe der Berufshaftpflichtversicherung sowie
- das Honorar (Honorarbasis lt. GOA, Stand 2002)

Der Auslober behält sich vor, mit dem Sieger des Wettbewerbs über die Vergabe von Generalplanungsleistungen zu verhandeln.

1.9 Rechtsgrundlagen

Es ist österreichisches Recht mit Ausschluss der Kollisionsnormen und des UN-Kaufvertragsrechts anzuwenden. Als Gerichtsstand wird das zuständige Gericht am Standort des Auslobers vereinbart. Bei Widersprüchen von Rechtsgrundlagen gelten in nachstehender Reihenfolge:

1. Schriftliche Fragenbeantwortung durch den Auslober,

2. Wettbewerbsunterlagen (Phasen 1 und 2) für diesen Wettbewerb,
3. Bundesvergabegesetz 2006 in der zum Zeitpunkt der Einleitung des Verfahrens geltenden Fassung,
4. Wettbewerbsstandard Architektur - WSA 2010

1.10 Wettbewerbssprache

Deutsch ist in allen Phasen des Verfahrens Wettbewerbs- und Korrespondenzsprache. Werden von einem Bewerber Unterlagen oder Nachweise in einer anderen Sprache als Deutsch vorgelegt, sind beglaubigte deutsche Übersetzungen beizulegen.

1.11 Geheimhaltungspflicht

Der Bewerber hat seine Bewerbungs- und Teilnahmeunterlagen so vorzulegen, dass seine Referenzprojekte für das Preisgericht anonym bleiben. Das Preisgericht ist bei seinen Entscheidungen unabhängig. Die Entscheidungen des Preisgerichtes sind in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar.

1.12 Allgemeine Hinweise

- Alle in den Wettbewerbsunterlagen verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen und Männer gleichermaßen und sind in der jeweils geschlechtsbezogenen Form zu verwenden.
- Für die Teilnahme an den Wettbewerbsphase 1 erhalten die Bewerber keine Unkostenbeiträge oder sonstigen Zahlungen. In der Wettbewerbsphase 2 sind für prämierte Wettbewerbsarbeiten Preisgelder vorgesehen (siehe 1.16.3).
- Bewerber und Teilnehmer haben für die Einhaltung von Terminen und Fristen Sorge zu tragen. Zusendungen müssen für den Auslober porto- und spesenfrei sein. Transport und Versand von mit dem Wettbewerb in Zusammenhang stehenden Unterlagen und Mitteln erfolgen ausschließlich auf Risiko der Bewerber bzw. Teilnehmer.
- Den Wettbewerbsbestimmungen widersprechende, fehlerhafte oder unvollständige Teilnahmeanträge und Wettbewerbsarbeiten führen zum Ausscheiden des betreffenden Bewerbers oder Teilnehmers, wenn deren Mängel nicht behoben wurden oder nicht behebbar sind. Reicht ein Bewerber oder Teilnehmer Unterlagen nicht innerhalb einer gesetzten Nachfrist ein, wird er unmittelbar und zwingend ausgeschieden.

1.13 Kooperationsvermerk der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten

Als am Verfahrensort zuständige Berufsvertretung hat die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten die Auslobungsunterlagen hinsichtlich der Wahrung der Berufsinteressen der TeilnehmerInnen überprüft. Mit Schreiben vom 08.04.2016 hat die

Kammer ihre Kooperation mit der Ausloberin durch Bekanntgabe der Verfahrensnummer 11/16 bekundet und ihre Preisrichter nominiert.

1.14 Wettbewerbstermine

Folgender Terminplan ist für die Abwicklung des Realisierungswettbewerbes vorgesehen:

12. April.2016 Tag der Absendung der Wettbewerbsbekanntmachung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union

13.Mai 2016 12.00 Uhr Abgabeschluss für den Eingang der Teilnahmeanträge

20.Mai 2016 Auswahl der Teilnehmer durch das Preisgericht

voraussichtlicher weiterer Ablauf:

25.Mai 2016 Aussendung der Wettbewerbsunterlagen der 2. Phase

16.Juni 2016 Hearing mit Besichtigung sowie Ausgabe der Modellgrundplatte

22.Juni 2016 Fragenbeantwortung

12. August 2016 Abgabeschluss für die Vorlage von Wettbewerbsarbeiten

2. September 2016 Sitzung des Preisgerichtes

1.15 Zusammensetzung des Preisgerichtes

Hauptpreisrichter:

SachpreisrichterIn

Herbert Sparr, Bürgermeister
 Cornelia Michalke, Gemeindevertreterin
 Norbert Rickmann, Gemeindevertreter
 Heidi Schuster Burda (Bildungsreferat)
 Dietmar Brunner (Baureferat)

FachpreisrichterIn:

Arch. Susanne Fritzer, Graz
 Arch Rene Bechter, Bregenz
 Arch. Peter Wimmer, Bregenz
 Arch. Hans Obermoser (nominiert durch Architektenkammer)

Ersatzpreisrichter

Ersatz-SachpreisrichterIn

Ersatz Herbert Sparr (noch zu bestimmen)
Ersatz Cornelia Michalke (noch zu bestimmen)
Ersatz Norbert Rickmann (noch zu bestimmen)
Ersatz Heidi Schuster Burda (noch zu bestimmen)
Ersatz Dietmar Brunner (noch zu bestimmen)

Ersatz-FachpreisrichterIn

Ersatz Susanne Fritzer - DI Hemma Fasch, Wien
Ersatz Rene Bechter – DI Ute Armellini, Bregenz
Ersatz Peter Wimmer – DI Ute Armellini, Bregenz
Ersatz Hans Obermoser - Hanno Schlögl, Innsbruck

Zusätzlich sind Berater ohne Stimmrecht an der Jurysitzung teilnahmeberechtigt.

Martin Köb, Direktor der Volksschule Höchst Kirchdorf
Alfons Rädler, Sachbearbeiter Bauamt Höchst

1.16 Vorinformation zur Einreichung der Wettbewerbsarbeiten (2. Phase)

Der detaillierte Leistungsumfang ergibt sich aus den Wettbewerbsunterlagen für die 2. Phase, die ausschließlich den ausgewählten Teilnehmern zugesendet werden. Diese Unterlagen werden in digitaler Form zur Verfügung gestellt, die Modellgrundplatte wird beim Hearing ausgegeben. Ein Versand der Modellgrundplatte erfolgt nur auf Rechnung und Gefahr der Wettbewerbsteilnehmer.

1.16.1 Leistungsumfang der Wettbewerbsarbeit

- Ausarbeitung eines Vorentwurfes für die **Wettbewerbsstufe 1** im Maßstab **1:200** mit Darstellung der städtebaulichen, architektonischen und innenräumlichen, funktionellen und konstruktiven Lösungen, der Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms, sowie Angaben über die Wirtschaftlichkeit der Errichtung und Nutzung.
- Ausarbeitung eines Vorentwurfes für die **Wettbewerbsstufe 2** im Maßstab **1:500** mit Darstellung der städtebaulichen, architektonischen und innenräumlichen, funktionellen und konstruktiven Lösungen, der Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms, sowie Angaben über die Wirtschaftlichkeit der Errichtung und Nutzung.
- Erstellen eines Massenmodells im Maßstab 1:500 für die **Wettbewerbsstufe 2** auf der bereitgestellten Modellgrundplatte.

1.16.2 Voraussichtliche Beurteilungskriterien für die Wettbewerbsarbeiten

Die Bewertung durch das Preisgericht erfolgt auf Basis des Vorentwurfes, der Angaben und des Modells gemäß folgender Kriterien (in der Reihenfolge ihrer Bedeutung):

- Städtebauliche Lösung
- Funktionelle Lösung und Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms der Wettbewerbsstufe 1
- Funktionelle Lösung und Umsetzung des Raum- und Funktionsprogramms der Wettbewerbsstufe 2
- Architektonische und innenräumliche Gestaltungsqualität
- Übereinstimmung mit dem pädagogischen Konzept der Schule
- Wirtschaftlichkeit der Errichtung und Nutzung
- Konstruktive Lösung

1.16.3 Preisgelder

Für die prämierten Wettbewerbsarbeiten sind insgesamt € 60.000,-- als Preise (exkl. Umsatzsteuer) vorgesehen.

1. Preis	€ 20.000,--
2. Preis	€ 15.000,--
3. Preis	€ 10.000,--
und 3 Anerkennungspreise zu je	€ 5.000,--

1.16.4 Vorbehalt

Der Projektverfasser ist im Falle einer Beauftragung verpflichtet (siehe Pkt. 1.6), aus zwingenden städtebaulichen, formalen, sachlichen oder wirtschaftlichen Rücksichten erforderliche Änderungen des Projektes vorzunehmen.

1.16.5 Urheberrechte

Der Auslober hat das Recht der Veröffentlichung der eingereichten Projekte (zB. Pläne, Skizzen, Modelle und sonstigen Dokumentationen und Schriftstücke), sofern er die Verfasser nennt.

Das geistige Eigentum (Urheberrecht) und die daraus resultierenden Verwertungsrechte an den eingereichten Projekten verbleiben bei den Verfassern. Davon umfasst ist insbesondere das Recht der Ausführung oder Abänderung des Bauwerkes bzw. des Nachbaues durch Dritte. Nur unter der Bedingung der Beauftragung und der darauf folgenden vollständigen Vertragserfüllung erhält der Auftraggeber das Recht, das Werk des Auftragnehmers zum vertraglich bedungenen Zweck zu benutzen.

Das sachliche Eigentumsrecht an Plänen, Modellen und sonstigen Ausarbeitungen der prämierten Wettbewerbsarbeiten geht durch die Bezahlung des Preisgeldes an den Auslober über.

2 Eignungskriterien und Nachweise

Der Bewerber erklärt, dass er für die Erbringung der Leistungen alle erforderlichen rechtlichen, fachlichen und technischen Voraussetzungen besitzt.

Der Bewerber erklärt mit Unterfertigung des Teilnahmeantrags, dass alle unten angeführten Eignungskriterien erfüllt sind (Eigenerklärung gemäß § 70 Abs. 2 BVergG).

Sämtliche geforderten Nachweise sind in der aktuellen Fassung vorzulegen. Sofern sich die Aktualität der einzelnen Nachweise nicht aus den Teilnahmeunterlagen ergibt, dürfen diese bei Vorlage nicht älter als drei Monate sein.

Nachweise sind in Kopie beizulegen. Fremdsprachige Nachweise sind in Kopie und in notariell beglaubigter Übersetzung beizulegen.

Über die hier in den Punkten 2.1 bis 2.2 genannten Nachweise, ist der Auftraggeber über entsprechendes Verlangen berechtigt, binnen 7 Tagen Unterlagen für die Nachweise der beruflichen Zuverlässigkeit sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit gemäß §§ 69 bis 77 BVergG 2006 (z.B. Bonitätsauskunft) zu verlangen.

2.1 Ausschlussgründe

Bewerber werden jedenfalls ungeachtet dessen, in welcher Phase sich der Wettbewerb befindet, ausgeschlossen, wenn

- a. gegen sie ein Insolvenzverfahren eingeleitet oder die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels hinreichendem Vermögen abgewiesen wurde,
- b. sie sich in Liquidation befinden oder ihre gewerbliche Tätigkeit eingestellt haben,
- c. die Auftraggeberin Kenntnis von einer rechtskräftigen Verurteilung gegen sie oder – sofern es sich um juristische Personen, eingetragene Personengesellschaften oder Arbeitsgemeinschaften handelt – gegen in deren Geschäftsführung tätige physische Personen hat, die einen der folgenden Tatbestände betrifft: Mitgliedschaft bei einer kriminellen Organisation (§ 278a StGB), Bestechung (§§ 302, 307, 308 und 310 StGB; § 10 UWG), Betrug (§§ 146 ff StGB), Untreue (§ 153 StGB), Geschenkannahme (§ 153a StGB), Förderungsmisbrauch (§ 153b StGB) oder Geldwäscherei (§ 165 StGB) bzw. einen entsprechenden Straftatbestand gemäß den Vorschriften des Landes in dem der Unternehmer seinen Sitz hat;

- d. sie ihre Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge oder der Steuern und Abgaben nicht erfüllt haben, oder
- e. sie falsche Angaben oder Auskünfte gemacht haben, die von wesentlichem Einfluss auf das Vergabeverfahren sind.
- f. Ausschlussgründe gemäß WSA vorliegen,
- g. der Teilnahmeantrag oder die Wettbewerbsarbeit verspätet einlangt.

Die allgemeine berufliche Zuverlässigkeit muss spätestens und zumindest zu dem am Deckblatt angegebenen Ende der Teilnahmefrist vorliegen.

Zum Nachweis des Nicht-Vorliegens von Ausschlussgründen sind mit Abgabe des Teilnahmeantrages folgende **Unterlagen** beizulegen:

- Vorlage des letztgültigen **Kontoauszuges** der zuständigen **Sozialversicherungsanstalt** oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörde des Herkunftslandes des Unternehmers
- Vorlage der letztgültigen **Rückstandsbescheinigung** gemäß § 229a Bundesabgabenordnung (BAO) der zuständigen **Finanzbehörde** oder gleichwertige Dokumente der zuständigen Behörde des Herkunftslandes des Unternehmers.
- **Auszug** aus dem aktuellen **Firmenbuch** (nicht bei natürlichen Personen) oder jeweils eine gleichwertige Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde aus der hervorgeht, dass die Erfordernisse gemäß Punkt 3.1 Lit a bis c erfüllt sind.

Der Kontoauszug und die Lastschriftanzeige dürfen keine Rückstände aufweisen und nicht älter als 3 Monate sein; sind darin dennoch Rückstände ausgewiesen, wird die Auftraggeberin im Rahmen der Eignungsprüfung den Bewerber unter Fristsetzung zum Nachweis auffordern, dass der Rückstand zwischenzeitig beglichen wurde.

2.2 Nachweise der Befugnis, der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der Befugnis und der finanziellen, wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit werden mit Abgabe des Teilnahmeantrages verlangt:

- Eine **Urkunde** betreffend die im Herkunftsland des Wirtschaftsteilnehmers zur Ausführung der betreffenden Dienstleistung erforderliche Mitgliedschaft zu einer bestimmten Organisation oder die Vorlage der im Herkunftsland des Wirtschaftsteilnehmers zur Ausführung der betreffenden Dienstleistung erforderlichen **Berechtigung**.
- **2 Referenzprojekte** unter Einhaltung folgender Mindestanforderungen (**sind von allen Bewerbern bei Abgabe des Teilnahmeantrags beizulegen**):

- Mit dem Teilnahmeantrag sind genau 2 Referenzprojekte, die max. 10 Jahre alt sein dürfen, vorzulegen. Wenn ein Bewerber mehr als 2 Referenzprojekte einreicht, werden nur die Referenzprojekte 1 und 2 bewertet.
- Bei den Referenzprojekten muss der Bewerber zumindest die wesentlichen Leistungen wie Entwurf, Einreichung und Ausführungsplanung sowie die künstlerische Oberleitung erbracht haben. Eines der beiden Referenzprojekte muss bereits fertiggestellt sein, das zweite Referenzprojekt kann frei gewählt werden.
- Beim ersten Referenzprojekt, das bereits fertiggestellt sein muss, ist der Nachweis der Planung und Umsetzung einer Schule/eines Kindergartens (Neubau oder Generalsanierung) oder eines Gebäudes mit mindestens gleichwertiger Schwierigkeitsklasse 5 laut Honorarordnung für Architekten (Stand 1.1.2002) gefordert. Die Baukosten (KB 1-6 laut ÖNORM B 1801-1) müssen für dieses Projekt mind. € 3.000.000,- (exkl. Ust.) betragen.
- Das zweite Referenzprojekt kann frei gewählt werden. Es kann auch ein Wettbewerbsbeitrag für eine vergleichbare Bildungseinrichtung eingereicht werden.
- Jedes Referenzprojekt ist auf dem entsprechenden Referenzblatt im Formblatt 4 zu charakterisieren.
- Weiters ist zu jedem vorgelegten Referenzprojekt eine Projektdarstellung und Projektbeschreibung (Lageplan, Fotos, Schnitte, verbale Kurzbeschreibung etc.) beschränkt auf ein DIN A3 Blatt beizulegen. Innerhalb der Maße des Papierformates DIN A3 kann die Darstellung des Referenzprojektes frei gewählt werden. Andere Formate sind nicht zugelassen und werden dem Preisgericht nicht vorgelegt.
- Die Projektdarstellungen sind zusätzlich auf Datenträger als pdf-Datei digital einzureichen und dürfen beim Ausdruck das Papierformat DIN A3 nicht überschreiten. Sie werden vom Verfahrensorganisator einheitlich auf Papier der Qualität „Color Copy“ weiß, 160g/m² oder gleichwertigem Papier ausgedruckt.
- Auf den Blättern ist jeglicher offensichtlicher Hinweis (Büroname etc.) auf den Urheber unerwünscht. Die Vorprüfung anonymisiert die Projekte weitgehend. Dass Projekte von einem der Juroren erkannt werden, ist trotzdem nicht auszuschließen.
- Nachweis, dass der Wettbewerbsteilnehmer über eine **Berufshaftpflichtversicherung** mit folgender Mindestdeckungshöhe verfügt: EUR 1.500.000,--. Diese muss spätestens beim Abschluss eines Dienstleistungsauftrages vorliegen.
- Erklärung aus der das jährliche Mittel der vom Wirtschaftsteilnehmer **Beschäftigten** hervorgeht: Als Mindestanforderung wird aufgrund der Projektgröße ei-

ne Personalkapazität von zwei qualifizierten Personen verlangt, die für eine leistungs- und termingerechte Ausführung der Planungsleistungen herangezogen werden können. Dazu ist ggf. erforderlichenfalls der Projektleiter-Stellvertreter gemeinsam mit dem Projektleiter einzusetzen. Der Projektleiter und der Projektleiter-Stellvertreter haben eine Berufserfahrung in der Planung von zumindest 3 Jahren nachzuweisen. Der Nachweis kann auch als Bewerbungsgemeinschaft erbracht werden (Anhang Formblatt 3).

Die Voraussetzungen für die Teilnahme am Wettbewerb müssen auch im Zeitpunkt der Entscheidung über den Gewinner des Wettbewerbs aufrecht sein. Personen, die am Zustandekommen der Wettbewerbsarbeit mitgearbeitet haben, dürfen genannt werden. Bei der Veröffentlichung werden sie vom Auslober angeführt.

2.3 Bewerbungsgemeinschaften

Bewerbungsgemeinschaften als Zusammenschluss von in vorgenanntem Sinne befugten Unternehmern müssen einen bevollmächtigten Vertreter unter Angabe seiner Adresse (inkl. Faxnummer oder E-Mail Anschrift) namhaft zu machen.

Bevollmächtigter Vertreter	
Ansprechperson	
Straße	
Plz./Ort	
Telefon	
Telefax	
Email	

Der bevollmächtigte Vertreter ist insbesondere berechtigt für die Bewerbungsgemeinschaft rechtsverbindlich Erklärungen abzugeben und mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen sowie Mitteilungen und Post zu empfangen.

Jede Person ist an diesem Verfahren nur einmal teilnahmeberechtigt (auch im Rahmen einer Bewerber- bzw. Arbeitsgemeinschaft oder juristischen Person). Eine Mehrfachteilnahme zieht den Ausschluss sämtlicher Wettbewerbsarbeiten, an denen der Verfasser beteiligt ist, nach sich.

Bewerbungsgemeinschaften geben mit der Unterfertigung die Erklärung ab, dass sie im Auftragsfall die Leistung als Arbeitsgemeinschaft erbringen werden und die Leistungserbringung dem Auftraggeber solidarisch schulden.

Hinsichtlich weiterer Bewerbungsvoraussetzungen für Bewerbergemeinschaften gelten dieselben Bedingungen wie für eine einzelne Bewerbung.

3 Teilnehmerauswahl – Auswahlkriterien (1. Phase)

3.1 Einreichen der Teilnehmeranträge

Die Unterlagen sind in einem verschlossenen Kuvert mit der Aufschrift „VS Höchst Kirchdorf – Teilnahmeantrag“ an den Verfahrensorganisator

gruber locher zt gmbh
z.Hd. Hr. Dipl.-Ing. Gerhard Gruber
Kaiserstraße 27
A-6900 Bregenz

zu übermitteln. Folgende Unterlagen müssen bis zum Ende der Einreichfrist für die Teilnahmeanträge beim Verfahrensorganisator eingelangt sein:

- Teilnahmeantrag inkl. aller Formblätter im Anhang I: vollständig ausgefüllt, ausgedruckt und rechtsgültig unterfertigt
- Vollständig ausgefüllter Teilnahmeantrag als pdf-Dokument auf einem Datenträger
- Projektdarstellungen zu den eingereichten Referenzen als Ausdruck auf DIN A3 - Papier und zusätzlich auf einem Datenträger im PDF-Format (gemäß Punkt 2.2)
- ggf. Hinweise zu Bewerbergemeinschaft gemäß Pkt. 2.3.

3.2 Auswahlkriterien

Die Teilnahmeanträge jener Bewerber, die keinen Ausschlussgrund aufweisen und alle Eignungskriterien gemäß Pkt. 2 erfüllen, werden bei der Auswahlprüfung nach folgenden Auswahlkriterien bewertet:

Auswahlkriterium	Gewichtung
Baukünstlerische Bewertung der eingereichten Referenzprojekte durch das Preisgericht	100%

Beim Kriterium „**Baukünstlerisches Bewertung der eingereichten Referenzprojekte**“ bewertet die Jury die vom Bewerber eingereichten Referenzprojekte 1 und 2. Das Preisgericht bewertet die Referenzprojekte mit einem Wert zwischen 0 und 100 Punkten unter Berücksichtigung folgender Kriterien:

- Städtebauliche Qualitäten (Gestaltung der Außenräume, Bezug zur Umgebung)
- Architektonische Qualitäten (Baukünstlerischer Ansatz, Entwurfsidee, Gesamtstruktur, Architektonische Qualität Außen- und Innenraum)
- Funktionelle Qualitäten (Äußere Erschließung, Innere Erschließung, Zuordnung der Funktionsbereiche, Funktionalität der Gesamtlösung, Umgang und Nutzung von eventuelle vorhandenen Bestandsgebäuden)
- Übereinstimmung mit den pädagogischen Konzept der Schule (liegt den späteren Ausschreibungsunterlagen bei)
- Ökonomische Qualitäten (Wirtschaftlichkeit der Gesamtlösung: Investition und Betrieb).

Das Preisgericht schlägt dem Auslober die maximal 20 Bewerber mit der höchsten Gesamtpunktezahl als Teilnehmer für die 2. Phase des Wettbewerbes vor.

Sollten Bewerber bis zur Aussendung der Wettbewerbsunterlagen der 2. Phase – aus welchen Gründen immer – aus dem Kreis der vorgeschlagenen Bewerber ausscheiden, rückt eine dementsprechende Anzahl von nächstgereihten Bewerbern ohne weiteres in den Kreis der besten Bewerber nach.

4 Erklärung des Bewerbers

Ich/Wir bestätige/n und erkläre/n ausdrücklich,

- die in dieser Wettbewerbsunterlage festgelegten Regelungen zur Kenntnis genommen zu haben und dagegen keinerlei Einwände vorzubringen;
- auf jede nachträgliche Einrede des Irrtums über diese Wettbewerbsgrundlage oder einer darin enthaltenen Verpflichtung verzichten zu wollen;
- zuzustimmen, dass die Entscheidung des Preisgerichtes in allen Fach- und Ermessensfragen endgültig und unanfechtbar ist;
- die verlangten Eignungskriterien zu erfüllen und dass ich/wir über die geforderten Befugnisse verfüge/n und die darin festgelegten Nachweise unverzüglich beibringen kann/können.
- dass alle Angaben dieser Bewerbung gewissenhaft ermittelt und wahrheitsgetreu gemacht wurden bzw. dies auch künftig erfolgen wird;
- dass gegen mich/uns weder ein abgeschlossenes noch ein laufendes Insolvenz- oder Liquidationsverfahren jeglicher Art vorliegt;
- iSd. §§ 68 bis 77 BVergG 2006 befugt, leistungsfähig und zuverlässig sowie strafrechtlich und iSd. Ausländerbeschäftigungsgesetzes unbescholten zu sein;
- die in Österreich geltenden arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften im Falle einer Beauftragung einzuhalten;
- im Falle einer Beauftragung als Bietergemeinschaft die Leistung als Arbeitsgemeinschaft zu erbringen und dem Auftraggeber die Leistungserbringung solidarisch zu schulden;
- diese Erklärungen frei und ernstlich abzugeben und beantragen die Teilnahme am gegenständlichen Wettbewerb.

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift (en)

(bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist die rechtsverbindliche Unterschrift aller Mitglieder erforderlich)

ANHANG I

Formblatt 1

TEILNAHMEANTRAG

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB SANIERUNG UND ERWEITERUNG
VOLKSSCHULE HÖCHST KIRCHDORF

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

Der Bewerber (bei Bewerbergemeinschaften alle Mitglieder)

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

.....
Name oder Handelsrechtlicher Firmenwortlaut

- Zustellungsbevollmächtigter Vertreter und Ansprechpartner

.....
Name

.....
Anschrift

.....
Telefonnummer und Email

bestätigt durch seine rechtsverbindliche Unterschrift, alle vorangehenden Bestimmungen zur Kenntnis genommen zu haben,

erklärt ausdrücklich, die in diesen Unterlagen enthaltenen Verpflichtungserklärungen aus freien Stücken abzugeben,

erklärt ausdrücklich auf jede nachträgliche Einrede des Irrtums über diese Erklärungen und die sonstigen Bestimmungen dieser Bewerbungsunterlagen verzichten zu wollen

und beantragt die Teilnahme am gegenständlichen Vergabeverfahren

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift (en)

(bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist die rechtsverbindliche Unterschrift aller Mitglieder erforderlich)

Formblatt 2

ERKLÄRUNG BEWERBERGEMEINSCHAFT

TEILNAHMEANTRAG

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB SANIERUNG UND ERWEITERUNG
VOLKSSCHULE HÖCHST KIRCHDORF

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

Wir erklären als Mitglieder der Bietergemeinschaft, dass wir die gesamten Leistungen des gegenständlichen Vergabeverfahrens im Falle einer Beauftragung als solidarisch haftende Erwerbsgesellschaften des bürgerlichen Rechtes (ARBEITSGEMEINSCHAFT) erbringen werden.

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift (en)

(bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist die rechtsverbindliche Unterschrift aller Mitglieder erforderlich)

Formblatt 3

ERKLÄRUNG BETREFFEND NACHWEIS PERSONALKAPAZITÄT

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB SANIERUNG UND ERWEITERUNG
VOLKSSCHULE HÖCHST KIRCHDORF

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

NACHWEIS DER PERSONALKAPAZITÄT						
<p>Als Mindestanforderung wird aufgrund der Projektgröße eine minimale Personalkapazität von mindestens zwei für Planungsleistungen qualifizierten Personen verlangt, die für eine leistungs- und termingerechte Ausführung der ausgeschriebenen Dienstleistung herangezogen werden können. Der Nachweis kann als Einzel-firma oder als Bietergemeinschaft erbracht werden.</p> <p>Der Nachweis ist anhand des entsprechenden Formblattes zu erbringen, auf dem für die Projektleitung und Projektleitungsstellvertretung vorgesehenen Personen anzuführen sind.</p> <p><u>Anmerkung:</u> Der Bieter hat die entsprechend grau unterlegten Felder auszufüllen. Im Falle von Bietergemeinschaften sind die Firmen mit den jeweiligen Beschäftigten nacheinander anzugeben. Die Liste ist ggf. zu erweitern.</p>						
	Name des/der Beschäftigten	Titel	Funktion	Ausbildung	Alter	Eintritts-Datum in das Unter-nehmen
1						
2						
3						
4						
5						

.....
Datum, Ort

.....
Rechtsverbindliche Unterschrift (en) (bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist die rechtsverbindliche Unterschrift aller Mitglieder erforderlich)

Formblatt 4

ERKLÄRUNG BETREFFEND NACHWEIS REFERENZPROJEKTE

FÜR DIE TEILNAHME AM ARCHITEKTURWETTBEWERB SANIERUNG UND ERWEITERUNG
VOLKSSCHULE HÖCHST KIRCHDORF

Nicht offener Realisierungswettbewerb mit EU-weiter Bekanntmachung

Nachweis Referenzprojekt 1	
Der Nachweis ist anhand von einem Referenzprojekt für eine Schule/eines Kindergartens (Neubau oder Generalsanierung) oder eines Gebäudes mit mindestens gleichwertiger Schwierigkeitsklasse 5 laut Honorarordnung für Architekten (Stand 1.1.2002) gefordert. Der Bewerber muss beim Referenzprojekt zumindest die wesentlichen Leistungen wie Entwurf, Einreichung und Ausführungsplanung sowie die künstlerische Oberleitung erbracht haben.	
Als Referenz sind für das Referenzprojekt 1 nur fertiggestellte Projekte zugelassen, die max. 10 Jahre alt sind und deren Baukosten (KB 1-6 laut ÖNORM B 1801-1) mind. € 2.000.000,- (exkl. Ust. betragen).	
Name und Art des Referenzprojektes: (Kurzbeschreibung und Schwierigkeitsgrad)	
Angabe Leistungsumfang:	
Baukosten in Euro: (KB 1-6 lt. ÖNORM B 1801-1 exkl. Ust.)	
Energetisches Niveau des Gebäudes (Deckblatt Energieausweis OIB-Richtlinie 6 oder einer sonstigen allgemeingültigen Richtlinie) : entsprechende Berechnungsergebnisse (z.B. Deckblatt Energieausweis) sind im Anhang zum Teilnahmeantrag beizulegen	

Auftraggeber (AG) und Kontaktperson: (jeweils Name, Adresse, Telefonnummer)	
Bearbeitungszeitraum:	Beginn – Ende (Monat/Jahr) /.... bis/.... = Monate
Erklärung des Auftraggebers: Mit seiner Unterschrift bestätigt der Auftraggeber die oben stehenden Angaben sowie die Termineinhaltung und die rechtzeitige und ordnungsgemäße Leistungserbringung	

Nachweis Referenzprojekt 2	
Das zweite Referenzprojekt kann frei gewählt werden. Es sollte (aus Sicht des Bewerbers) mit der gestellten Aufgabe möglichst gut vergleichbar sein. Es kann auch ein Wettbewerbsbeitrag für eine vergleichbare Bildungseinrichtung eingereicht werden.	
Name und Art des Referenzprojektes: (Kurzbeschreibung und Schwierigkeitsgrad)	
Angabe Leistungsumfang:	
Baukosten in Euro: (KB 1-6 lt. ÖNORM B 1801-1 exkl. USt.)	
Auftraggeber (AG) und Kontaktperson bzw. Bezeichnung der Wettbewerbsaufgabe: (jeweils Name, Adresse, Telefonnummer)	
Bearbeitungszeitraum:	Beginn – Ende (Monat/Jahr) /.... bis/.... = Monate

Datum, Ort

Rechtsverbindliche Unterschrift (en) (bei Bewerber- oder Bietergemeinschaften ist die rechtsverbindliche Unterschrift aller Mitglieder erforderlich)